

# SPD demokratischer pressediens

2/XXV/247

30. Dezember 1970

Ein Wort zu George Ball

---

Sorgen, die nicht berechtigt sind

Seite 1 / 48 Zeilen

Friedenspolitik - Umweltschutz -  
Entwicklungshilfe

---

Perspektiven für 1971

Von Dr. Erhard Eppler  
Bundesminister für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit

Seite 2 und 3 / 75 Zeilen

Berlin: Zentrales Thema in Europa

---

Bindungen an den Bund entsprechen dem Willen  
der West-Berliner

Von Klaus Schütz  
Regierender Bürgermeister von West-Berlin

Seite 4 bis 7 / 161 Zeilen

Die grüne Bilanz 1970

---

Kritische Anmerkungen zu einem europäischen  
Ärgernis

Von Herbert Kriedemann SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen  
Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 8 und 9 / 84 Zeilen

---

\* \* VIEL GLÜCK ZUM NEUEM JAHR !

\* \* Redaktion und Verlag

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 97-98  
Telefax: 890 846 896 8477  
866 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein Wort zu George Ball

Sorgen, die nicht berechtigt sind

Wir sind Zeugen einer bemerkenswerten Entwicklung. Einige Freunde im westlichen Ausland drücken ihre Sorgen aus, daß das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland zu groß und das Gewicht der Bundesrepublik zu stark werden könnte. Das ist das Ergebnis eines Jahres der Regierung Brandt/Scheel. Das ist das Ergebnis der Ostpolitik.

Die Vergangenheit Willy Brandts sowohl als Außenminister als auch als Regierender Bürgermeister von Berlin stellen ihn und seine Absichten jenseits aller Kritik und allen Zweifels. Auch George Ball, der frühere stellvertretende USA-Außenminister, spricht ihm sein Vertrauen aus. Aber seine Sorge ist, ob die Deutschen, die nach Brandt kommen, in einer falschen Selbstgefälligkeit das rechte Maß verlieren. Das erinnert etwas an die Sorgen, die man in früheren Jahren bei unseren westlichen Freunden gehört hat für die Zeit nach Adenauer.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren Platz gewählt. Dabei bleibt es. Sie ist Mitglied der NATO, sie bemüht sich, die Europäische Gemeinschaft zu vertiefen und zu erweitern. Es ist nicht nur positiv zu werten, wenn Gedanken laut werden, daß der britische Beitritt auch dazu dienen sollte, das zunehmende Gewicht der Bundesrepublik auszubalanzieren. Aber solche Erwägungen im Ausland sollten eigentlich in der Bundesrepublik ein Grund zum Stolz für jene sein, die sich sonst nicht genug tun können, lautstark auf die nationale Pauke zu hauen. Gerade sie haben in den vergangenen Jahren eine bemerkenswerte Routine darin entwickelt, zu allem Ja und Amen zu sagen, was jeweils aus Washington, Paris und London zu hören war.

Man kann es nicht ändern: Wenn die Bundesrepublik als ein erwachsener Staat seine eigenen Interessen als loyaler Partner im Bündnis wie andere auch nur mit größerem Nachdruck vertritt, dann erntet man dafür nicht nur ungeteilten Beifall. Die Frage, ob die Deutschen den Sinn für Maß und Tempo behalten, hat eine gewisse Tradition. Aber wir sind der Auffassung, daß man sich darüber keine Sorgen zu machen braucht. Der Bundeskanzler Willy Brandt garantiert in seiner Person, daß die Bundesrepublik Deutschland auf einem klaren und sicheren Kurs bleibt. Ihn zu halten, hat der Bundeskanzler keine Schwierigkeiten; die Koalition, die ihn unterstützt, lehnt außenpolitische Experimente und Abenteuer ebenso ab.

Kritiker im In- und Ausland können beruhigt sein: Die Bundesregierung ist sich mit den verbündeten Regierungen einig über das Ziel der Politik und über das, was im deutschen Interesse erreicht werden muß. Diese deutschen Interessen widersprechen den Interessen anderer Staaten nicht. Niemand wird Schaden leiden, wenn in der Mitte Europas zusätzlich zu dem Bündnis die Sicherung durch wirksame Entspannung tritt. Dieser Auffassung sind auch unsere verbündeten Regierungen. Die Sorgen Außenstehender wollen wir nicht leicht nehmen, auch wenn sie aus Mangel an Information unberechtigt sind.

Friedenspolitik - Umweltschutz - Entwicklungshilfe

Perspektiven für 1971

Von Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß allzuviel von dem in Geschichtsbüchern festgehalten wird, womit wir im Jahre 1970 unsere Zeit verbracht haben. So werden die hitzigen Konjunkturdebatten rasch vergessen sein, nicht nur, weil die Opposition sich darauf beschränkt hat, den Menschen Angst einzujagen - erst vor der galoppierenden Inflation, dann - von heute auf morgen - vor der Rezession. Es wird zum mühseligen Alltag jeder Regierung - hier und anderswo - in den nächsten Jahren gehören, Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu verbinden. Je weniger wir dies dramatisieren, desto besser werden wir damit fertig.

Wahrscheinlich werden die Geschichtsbücher drei andere Fakten notieren: Die Verträge von Moskau und Warschau, die Verkündung der Zweiten Entwicklungsdekade durch die UN-Vollversammlung und die plötzlich aufkommende Diskussion über Friedensforschung und Umweltschutz. Für uns hatten diese drei Fakten wenig miteinander zu tun. Das könnte in der Rückschau anders sein.

Es ist viel zu wenig bekannt, mit wieviel Sympathie und Hoffnung die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel in den meisten Hauptstädten der Dritten Welt verfolgt wird. Man weiß dort sehr wohl, daß wirksame Hilfe in dem Maße möglich wird, wie geistige und materielle Energien frei werden, die heute im Ost-West-Konflikt gebunden sind. Und der Bundeskanzler selbst hat mehr als einmal diesen Aspekt seiner Friedenspolitik anklingen lassen. In welchem Umfang das Programm für die Zweite Entwicklungsdekade sich realisieren läßt, entscheidet sich auch bei der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau.

Noch weniger deutlich wurde bisher der Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Entwicklungshilfe. Bisher war allen klar, daß

Berlin: Zentrales Thema in Europa

Bindungen an den Bund entsprechen dem Willen der West-Berliner

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von West-Berlin

Das Jahr 1970 wurde geprägt durch die neue Bundesregierung unter Willy Brandt. Das bedeutete für uns Sozialdemokraten in Berlin und damit für die, die hier Verantwortung tragen, daß über alle anstehenden Probleme und Vorstellungen - wir haben von beiden genug in Berlin - auf der gleichen Wellenlänge verhandelt wurde. Es gibt zwischen Berlin und Bonn keine Verständigungsschwierigkeiten mehr. Das kann Berlin nur nützlich sein, und das ist es.

Nach 20jähriger CDU-Vorherrschaft hat die SPD endlich auch im Bunde die Chance, ihre Vorstellungen über unsere Gesellschaft durchzusetzen. Sie tut das unter dem programmatischen Titel "Innere Reformen".

Auch dies hilft uns in Berlin. Wir sind jetzt nicht mehr gezwungen, zusammen mit anderen "sozialdemokratischen" Bundesländern den gesellschaftspolitischen Vorreiter gegen eine konservative und besonders innenpolitisch überwiegend restaurativ, bisweilen reaktionär denkende und handelnde Regierung zu spielen.

Modell einer Großstadt

Wir wollen in Berlin allerdings auch weiterhin in möglichst vielen Bereichen vorangehen und führend sein; aber wir tun das jetzt innerhalb der Gesamtrichtung des Bundes. Unser Bild über Berlin nach vorn: Daß diese Stadt das Modell einer großen Stadt sein soll, wird jetzt nicht nur finanziell und wirtschaftlich, sondern auch substanzuell unterstützt.

Trotz der Kürze der Zeit und mit nur knapper Mehrheit im Bundestag gegen eine numerisch starke Opposition sind etwa 70 Gesetze, die ganz überwiegend Reformgesetze sind, verabschiedet worden. Allein sozialpolitisch sind dabei so wichtige Gesetze wie die, daß die Renten der Kriegsoption erhöht und dynamisiert werden, daß der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner entfiel, daß auch die Angestellten unabhängig von der Höhe ihres Gehalts einen Zuschuß des Arbeitgebers zu den Krankenversicherungskosten in Höhe des halben Beitrages erhalten.

Die Tatsache, daß wir die Gesetze des Bundes übernehmen, ist wahrhaftig nicht neu; aber sie selbst sind es, und ihre gesellschaftspolitische Tendenz ist anders als bisher.

Diese "innere" Übereinstimmung zwischen West-Berlin und dem Bunde - die nicht mit einem I-Tüpfelchen die Zuständigkeiten und Vorbehaltsrechte unserer drei Schutzmächte berührt - mag auf ihre Weise dazu beigetragen haben, daß wir in diesem Jahr so

gut wie keine "spezifischen" oder "typischen" Probleme innerhalb West-Berlins hatten, keine "Berliner" Probleme. Und wo wir welche hatten, unterschieden sie sich nicht grundsätzlich von denen im Bundesgebiet und nicht mehr, als sie sich etwa zwischen einem norddeutschen und einem süddeutschen Lande unterscheiden.

Was bei uns in Berlin vor drei und zwei Jahren noch extrem war, ist jetzt weit weniger extrem. Wir sind mit dem Bunde, sofern wir nicht - natürlich - besser sind, im großen und ganzen gleichauf. Ich meine das auch atmosphärisch: Manche - verständliche - Verkrampfung, die vor zwei und drei Jahren anzutreffen war und die durch Zerrbilder über Berlin noch verstärkt wurde, hat sich gelöst. Vieles ist hier selbstverständlicher, "normaler" geworden. Ich halte das für die Gegenwart wie für die Zukunft Berlins für sehr wichtig.

Das Gleichauf unserer Stadt mit dem Bunde ist auch sonst und in den meisten Bereichen zu belegen. Wichtig für uns ist vor allem dies:

#### Gleichschritt mit dem Bund

1970 sind erstmalig das Sozialprodukt in unserer Stadt ebenso wie der Industrieumsatz und der Auftragseingang auf gleicher Höhe mit dem Bundesgebiet. Im vergangenen Jahr, das schon ein Rekordjahr für uns war, lagen die entsprechenden Zahlen um etwa ein halbes Prozent unter denen Westdeutschlands. Dazu kommt - und das ist ebenso wichtig -, daß die Zuwanderung vor allem junger Arbeitskräfte aus dem Bundesgebiet, aber auch von Gastarbeitern ständig zunimmt.

Dies macht, meine ich, mehr als anders deutlich, wie es um Berlin bestellt ist. Denn weder würde unsere Wirtschaft so gut dastehen noch würden so viele Menschen nach Berlin kommen, wenn jemand meinte, Berlin sei ohne lebendige Gegenwart und ohne sichere Zukunft.

Ich sage gerade in diesem Zusammenhang einmal mehr: Zu unserer Zugehörigkeit zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik gibt es keine Alternative. Die Lebensfähigkeit West-Berlins ist nur garantiert, wenn wir in diese Ordnungen des Bundes eingefügt bleiben. Alles andere ist Unsinn oder Illusion.

An dieser Zuordnung zum Bunde, an dieser praktischen Zugehörigkeit West-Berlins zur Bundesrepublik gibt es keinen Zweifel: Unsere drei Schutzmächte haben in vollem Bewußtsein ihrer obersten Gewalt in Berlin diese unsere Bindungen an den Bund - Schritt für Schritt und Einzelpunkt um Einzelpunkt - bejaht. Sie gehören zu unserem Status, niemand kann sie wegdiskutieren oder wegbringen, es sei denn, er wollte sich mit unseren drei Schutzmächten und dazu noch mit dem Willen der Menschen in West-Berlin anlegen.

Wir haben also festen Stand in Berlin: nach außen durch die Anwesenheit unserer drei Schutzmächte, nach innen durch unsere Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland. Die Sicherheit und die Lebensfähigkeit unserer Stadt sind garantiert. Dies ist das Fundament, auf dem wir das Berlin der Zukunft schaffen.

Nun ist dieses erste Jahr einer sozialdemokratisch geführten Bundesrepublik für das allgemeine Bewußtsein mehr durch die Außenpolitik der Bundesregierung gekennzeichnet als durch die inneren Reformen. Man mag das bedauern, aber es ist verständlich.

Die Politik nach Osten hin, die zu den Verträgen von Moskau und von Warschau führte, die Erfurt und Kassel brachte, mit der auch die Gespräche der Vier Mächte über Berlin zusammenhängen, diese Politik, die hilft, den Frieden in Europa sicherer zu machen, und darauf ausgeht, allen Deutschen und besonders den Berlinern das alltägliche Leben zu erleichtern, diese Politik hat jeden in unserem Lande nicht nur beschäftigt, sondern auch bewegt und von den inneren Reformen "abgelenkt".

#### Berlin als Testfall

Dabei geschieht im Grunde nichts anderes als dies, daß die Bundesrepublik den Versuch macht, die gelungene Verständigung mit dem Westen, die Aussöhnung brachte und auch Freundschaft, zu ergänzen durch einen vernünftigen Ausgleich mit der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern. Dazu will sie zu einem geregelten Nebeneinander mit der DDR kommen. Daß diese Politik die Gemüter vielfach erregte und auch spektakulär empfunden wurde, liegt überwiegend wohl daran, daß frühere Bundesregierungen keinen wirklich ernsthaften Versuch machten und ihnen der Mut fehlte, diesen Ausgleich zu suchen und zu versuchen.

In Zusammenhang mit dieser Politik ist Berlin in diesem Jahr zu einem, wenn nicht zu dem zentralen Thema in und für Europa geworden. Denn es ist außer Frage, daß Berlin der Testfall für alle Bemühungen um den Abbau von Spannungen ist. Wer das leugnet, täuscht sich. Es wird keine wirkliche Entspannung in Europa geben, wenn es keine befriedigenden Regelungen in und um Berlin gibt.

Es ist hier nicht nötig, die Vielschichtigkeit und Kompliziertheit dieser Probleme um unsere Stadt auszubreiten. Wir alle kennen sie mehr oder weniger gut. Etwas Geduld freiwillig müssen wir noch haben, bis Regelungen gefunden sind, die

wir befriedigend nennen können. Wir können damit rechnen, daß sie zustande kommen. Wo so viele Interessen und Erfahrungen und Rechtspositionen ineinandergehen wie in Berlin, da braucht es etwas Zeit.

#### Bestätigung des Status

Aber dies sei festgehalten: Im Unterschied zu früher ist Berlin nicht in einer Krise oder vor oder nach einer Krise zum Hauptthema in Deutschland und in Europa geworden, sondern aus der erklärten Absicht der Friedenssicherung heraus. Das ist etwas anderes, das ist neu und hat sein Eigengewicht. Und: die Vier Mächte, alle Vier Mächte, die die oberste Gewalt in Berlin innehaben und in Berlin die Verantwortung tragen, sprechen im alten Kontrollratsgebäude miteinander. Schon darin liegt eine Bestätigung des Status von Berlin. Das hat es das letztmal gegeben, als Berlin noch ungeteilt war.

Was wir von den Botschaftergesprächen der Vier Mächte erwarten, haben wir viele Male und eindeutig dargelegt. Wir wollen, daß die West-Berliner in den Ostteil der Stadt gehen können und daß sie ihre Verwandten und Freunde in der Umgebung besuchen dürfen. Wir wollen, daß West-Berlins Bindungen an den Bund - seine Zugehörigkeit also zur Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland - auch von der Sowjetunion und ihren Verbündeten anerkannt werden. Wir wollen einen Zugang auch zu Lande von und nach Berlin bekommen, auf dem sich jede Person ungehindert bewegen kann und auf dem jede Ware unbehindert befördert wird.

Zugehörigkeit West-Berlins zur Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsordnung der Bundesrepublik, Zugang von und nach Berlin, Zutritt nach Ost-Berlin und in die Berliner Umgebung: die verlässliche Regelung der drei "Z" würden wir befriedigend nennen können. Sie ist möglich, weil sie niemandem Prestigeverlust zumutet.

Darum geht es in der vor uns liegenden Zeit: Wir wollen weiter vorankommen und Verbesserungen haben; ein Zurückfallen hinter unseren Status, unsere Lebensfähigkeit und unsere Sicherheit gibt es nicht und wird es nicht geben. Unser Ziel ist klar abgesteckt: Wir schaffen das Berlin der Zukunft.

+ + +

### Die grüne Bilanz 1970

---

Kritische Anmerkungen zu einem europäischen Ärgernis

Von Herbert Kriedemann SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender der sozialistischen Fraktion  
im Europäischen Parlament

Das Jahr 1970 der Gemeinsamen Agrarpolitik endet so trostlos, wie es begonnen hat. Zwar klappert die Mühle des Überperfektionierten Agrarprotektionismus munter weiter und produziert Verordnungen zur Abänderung von schon soundsooft abgeänderten Verordnungen und füllt damit täglich das Amtsblatt der Gemeinschaft, aber diese Produktivität ändert nichts an der Tatsache, daß in Wirklichkeit nichts geschieht, was aus der total verfahrenen Lage herausführen könnte. Sicher werden auch zu diesem Jahreswechsel Rat und Kommission stolze Tätigkeitsberichte vorlegen, aber jede der darin aufgeführten neu beschlossenen Marktordnungen ist nichts anderes als ein weiterer Schritt auf dem Wege, der bestimmt nicht zur Lösung auch nur einer der großen Aufgaben führt, die der Agrarpolitik der Gemeinschaft nicht zuletzt dadurch gestellt sind, daß die Agrarpolitik eines jeden einzelnen Mitgliedstaates schon lange in der Sackgasse festgefahren war, als man sich entschloß, durch eine an neuen Zielen orientierte gemeinsame Agrarpolitik Lösungen für die ökonomischen und sozialen Konflikte im Bereich der Landwirtschaft zu kommen.

Daß darin die einzige Chance lag, wußte man 1958 in Stresa sehr genau und begründete damit sogar die Notwendigkeit einer gemeinsamen Agrarpolitik. Heute fordern die politischen Wortführer der deutschen Landwirtschaft mit der listigen Formel "weg vom grünen Dollar bis zu Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion" tatsächlich schon wieder die nationale Souveränität im Agrarbereich, d.h. unter anderem auch die Wiedereinrichtung der Grenzen innerhalb der Gemeinschaft, die Wiedereinführung von Abschöpfungen und dergleichen zur Absicherung der in nationaler Zuständigkeit zu beschließenden Agrarpreise. Drastischer kann der Zustand in der Agrarpolitik Ende 1970 kaum dargestellt werden, und der geräuschvolle Leerlauf der Mühle ebenso wie die Erfolgsberichte der Organe können nur noch diejenigen täuschen, die nur mit oder von Täuschungen dieser Art leben können.

Das Jahr 1970 ist das bisher weitest teuerste für die Steuerzahler gewesen. Es mußten die als Folge der falschen Preisfestsetzungen und der Abnahmegarantien entstandenen Überschüsse zum



Verschwinden gebracht werden, was mehr Milliarden verschlungen hat als für die Lösung der Abwasserprobleme erforderlich wären. Der Rat hat sich aber nicht dazu aufraffen können, nun endlich die Beschlüsse zu fassen, welche die Ansammlung neuer Überschüsse mit Sicherheit verhindert. Solange aber bleibt die Gemeinsame Agrarpolitik ein Faß ohne Boden. Dabei sei ohne weiters zugegeben, daß die erforderliche Umorganisation eine radikale Abkehr von den traditionellen Formen des Agrarprotektionismus, aber auch von den Vorstellungen bedeutet, mit denen dieser Agrarprotektionismus seit eh und je begründet wird.

Wenn man das im Zusammenhang z.B. mit der lebenswichtigen Bedeutung des Welthandels für die Gemeinschaft oder mindestens für einige ihrer Mitglieder sieht, erkennt man schnell, daß hier nicht nur Milliardenbeträge völlig sinnlos verschleudert werden, sondern daß auch wichtige Positionen auf den Märkten dieser Welt und in der handelspolitischen Auseinandersetzung z.B. mit den USA unmittelbar bedroht sind. Nimmt man dazu noch die Tatsache, daß trotz dieses großen Aufwandes die sozialen Probleme eines grossen Teils der landwirtschaftlich tätigen Menschen in keiner Weise einer Lösung nähergebracht worden sind, dann weiß man, daß es sich hier um die große Schicksalsfrage der europäischen Politik handelt. Wird sie die Kraft haben, den neuen Weg zu beschreiten, die neuen Mittel einzusetzen, wie es die neue Dimension der Gemeinschaft erfordert, oder wird man sich weiter mit der doch wohl ziemlich trostlosen Formel behelfen, daß das was ökonomisch sinnvoll, sozial nach allen Seiten - also auch gegenüber den Verbrauchern und den Steuerzahlern - gerechtfertigt und gesellschaftspolitisch überfällig ist, eben politisch realisiert werden kann? Wird es Einsicht genug geben in die Notwendigkeit, endlich über die abgegriffenen Formeln vom "bäuerlichen Familienbetrieb" oder der "gesunden Landwirtschaft" hinauszukommen und die Stellung der Landwirtschaft in einer modernen Industriegesellschaft so eindeutig zu definieren, daß insbesondere die jungen Menschen auf dem Lande etwas damit anfangen können und Fehlinvestitionen aller Art vermieden werden?

Die Art und Weise, in der zur Zeit die sechs Entwürfe von Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Agrarstruktur im weitesten Sinne - besser bekannt unter dem Namen "Zweiter Mansholt-Plan" - und ähnliche Pläne in den politisch verantwortlichen Gremien behandelt werden, erlaubt es leider nicht, auf diese Frage überzeugend mit "Ja" zu antworten. Deshalb wird auch das nächste Jahr unter dem Zeichen dieser Fragen stehen; aber in einer sich rasch verändernden Welt kann man sich für ihre Beantwortung eigentlich überhaupt schon keine Zeit mehr nehmen.